



Herstellung: Herrenstraße Nr. 20. Außerordentlich alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Herstellung: Herrenstraße Nr. 20. Außerordentlich alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 318. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Freitag, den 11. Juli 1879.

## Deutschland.

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

78. Sitzung vom 10. Juli.

10 Uhr. Am Tische des Bundesrathes: Hofmann, Niederding, Huber und Andere.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnungs-Novelle wird zu Ende geführt und Artikel 3, nach welchem das Geschäft der Handels- und Kautschukhändler der Concession bedarf und die Controlbehörden Vorschriften über deren Buchführung und eventuell polizeiliche Controlen erlassen können, genehmigt.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfes, betr. die Feststellung eines dritten Nachtrages zum Etat wegen des Reichstags-Gebäudes.

Die Commission beantragt durch den Referenten Lucius die Genehmigung der Vorlage, d. h. den Ankauf des kaiserlichen Palais und der anderen in der Sommerstraße belegenen Grundstücke, und schlägt ferner vor: eine aus 7 Mitgliedern bestehende Commission einzusetzen, welche unter dem Vorsitz des Präsidenten und unter Zuguhilfe sowohl von Vertretern des Bundesrathes als von Technikern das Bauprogramm vom 18ten November 1871 einer Revision unterziehen und die weiteren vorbereitenden Schritte thun soll, um dem Reichstag in seiner nächsten Session die geeigneten Vorlagen zur definitiven Feststellung der Ausführung des Baues zu machen.

Dagegen beantragt Reichensperger (Krefeld): den Reichstagskanzler zu ersuchen, Ermittlungen über die Frage zu veranlassen, ob das zwischen der Siegesallee und der Alsenbrücke belegene Terrain (der sogenannte kleine Königsplatz) sich zur Baustelle für das neu zu errichtende Reichstagsgebäude eignet, sowie darüber, ob und unter welchen Bedingungen dieser Platz zu erwerben sein würde, und dem Reichstag in der nächsten Session das Ergebnis dieser Ermittlungen mitzutheilen. — Er empfiehlt den von ihm vorgeschlagenen Platz, der vor dem in der Vorlage bezeichneten verschiedenen Vortheile habe: Die Hauptfassade und der Haupteingang würden auf eine Seite kommen, das Gebäude werde in der Verlängerung der Siegesallee liegen, Grundstücksverwerbungen würden nicht nöthig sein, da der preussische Fiskus das dortige ihm gehörige Terrain hoffentlich unentgeltlich hergeben werde. Außerdem macht Reichensperger darauf aufmerksam, dass die Stadt Berlin wegen der Straßbreite und Bauplanlinien erhebliche Einwendungen gegen das Bauprojekt gemacht habe, die bei der Wahl des kleinen Königsplatzes in Wegfall kämen. Alle Einwendungen, die man vom künstlerischen Standpunkt gegen den letzteren Platz geltend mache, ließen sich mehr oder weniger auch auf den vorgeschlagenen anwenden.

Reichstagskanzler-Präsident Hofmann bittet, den Reichenspergerschen Antrag abzulehnen, der die Sache nur auf die lange Bank schiebe; die Einwendungen des Magistrats von Berlin gegen das Projekt, besonders wegen der Breite der Sommerstraße, würden die Reichsregierung nicht beirren, sie würde auf die gestellten Anforderungen nicht eingehen. Der kleine Königsplatz sei nicht geeignet, denn während das Reichstagsgebäude von allen drei Seiten frei stehen sollte, würde es dort nur auf einer Seite frei, auf den drei anderen aber von Straßen begrenzt sein, die dann nicht so breit sein könnten, wie der Magistrat mit Recht verlangt.

Abg. v. Malchahn-Gülz: Ein Theil der Herren mag sich hier ganz wohl fühlen, der Saal ist ja auch, abgesehen von dem manchmal unerträglichen Zug, ganz hübsch; allein hier heißt es statt: „Kleider machen Leute“, „Tapeten machen Häuser“. Wenn man auf der Tribüne mit dem Finger gegen die Wand stößt, so kommt man auf der anderen Seite wieder heraus. Bei einer so leichten Bauart können wir auf die Dauer nicht hier bleiben. Jedenfalls ist es nicht angenehm, daß wir uns, nur damit die Temperatur regulirt werde, jezt im heißen Räume bewegen müssen.

Abg. Löwe (Berlin) hält den Platz, den die Vorlage anbietet, für durchaus geeignet; wenn jezt nicht über die reservirten Gelder verfügt werde, so würden sie vielleicht in späterer Zeit anderweitig verwendet werden.

Abg. v. Nordenskiöld: Die Verhandlungen mit dem Magistrat hinsichtlich der Confrontierung der Bauplanlinien schweben noch und sind in keiner Art abgeschlossen. Ich glaube aber berechtigt zu sein, die Hoffnung auszusprechen zu können, daß die Stadt Berlin, wenn der Reichstag das Gesetz beschließt, ihrerseits Schwierigkeiten, auf dem gegebenen Bauplatz das Reichstagsgebäude zu errichten, schließlich nicht erheben wird. (Beifall.) Ich sage ausdrücklich, daß ich mich berechtigt glaube, Hoffnungen, begründete Hoffnungen auszusprechen; die schließlich Entscheidung steht ja mir allein nicht zu, sie liegt nach den Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1875 im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung Berlins. Die Einwendungen des Magistrats von Berlin stützen sich darauf, daß die Sommerstraße nach der vorgeschlagenen Feststellung der Fluchtlinie einen Rand erhält, daß sie sowohl wie die Hindernisse trichterförmig auf das Reichstagsgebäude läuft. Diese Einwendungen verlieren an Gewicht, wenn bei Befestigung der Artillerieschule ein freier Platz und ein freier Zugang zur Spree gewonnen, und wenn dann von der von der Stadt beabsichtigten Quaistraße ebenfalls freie Aussicht auf das Reichstagsgebäude gewonnen wird, und ich hoffe, daß in dieser Beziehung die Verhandlungen zwischen der Reichsbehörde und dem Magistrat von Berlin zu einem glücklichen Resultate führen werden.

M. H.! Wenn man, wie ich, in die Verhandlungen über die Auswahl des Platzes eingeweiht ist, wenn man 5, 6 Jahre hindurch als Präsident des Reichstages in der Sache gearbeitet hat und die widerstrebenden Ansichten in dieser Beziehung kennt, so glaube ich, ist es jezt endlich an der Zeit nach siebenjähriger Ueberlegung dann, wenn sich die Möglichkeit zeigt, alle widerstrebenden Meinungen auf einen Platz zu vereinigen, der schon im Jahre 1871 technisch, künstlerisch geprüft und angenommen worden ist, zuzugreifen und nicht in der Hoffnung auf einen technischen, künstlerischen und in Bezug auf die Fluchtlinie noch gar nicht geprüften anderen Platz die Entscheidung in eine unbefristete Zukunft zu verweisen. (Zustimmung.) Ich erlaube Sie dringend, indem ich Sie bitte, auf den Patriotismus der Stadt Berlin, falls der Reichstag beschließt, zu vertrauen, daß wir nicht unnöthige Schwierigkeiten erheben werden, um endlich dem Reichstag eine angemessene Unterkunft zu verschaffen und den Vorschlag der Budget-Commission anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus genehmigt den Antrag Reichenspergers, und ist damit die Vorlage abgelehnt. Mit dem Abg. Reichensperger stimmen das Centrum, die meisten Deutschconservativen, ein Theil der Reichspartei und die Abgg. Löwe (Bodum) und Berger.

In dritter Beratung werden darauf der Vertrag mit der Schweiz wegen Regulirung der Grenze bei Constanz, der G.-G., betr. die Statistik des Waarenverkehrs mit dem Auslande, in erster und zweiter Beratung der Gesetzentwurf, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, genehmigt und mehrere Wahlprüfungsberichte erledigt. Die Wahlen der Abgeordneten Steller, Delbrück, Fürst von Pleß, von Wirsach, Rieder, von Cranach, Bieler, Kiefer, Graf Bethusy-Huc, v. Gordon, v. Helldorf-Rumstedt, v. Simpson, Ademann, Richter (Kattowich) und Löwe (Bodum) werden für gültig erklärt, in Betreff einiger Wahlen aber noch die Anstellung von Ermittlungen über behauptete Unregelmäßigkeiten verlangt.

In dritter Beratung wird das Gesetz, betreffend die Besteuerung des Tabaks, ohne Debatte mit der Resolution genehmigt: Der Reichstagskanzler zu ersuchen, bei den verbündeten Regierungen dahin wirken zu wollen, daß im Falle einer Erhöhung der Tabaksteuern vorab und bis zur Feststellung des Einflusses der Steuererhöhung auf die Tabakindustrie die Anfertigung von Tabakfabrikaten in den Strafanstalten thunlichst eingeschränkt werde.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung ist die dritte Beratung des Zolltarifs.

Abg. Böck: Ich habe gegen den Antrag v. Frandenstein gestimmt, aber seine Annahme ist für mich kein hinreichender Grund zur Ablehnung des ganzen Tarifs. Die Schutzzölle desselben halte ich für eine Wohlthat für unsere Industrie und Landwirtschaft, und die Finanzzölle bei der finanziellen Calamität des Reichs und der Einzelstaaten für geboten. Wir in Baiern

mühen, wenn diese indirecten Steuern nicht beschlössen würden, um unser Deficit zu decken, die directen auf das Doppelte erhöhen. Daß der Antrag v. Frandenstein eine Verfassungsänderung enthalte, könnte nur dadurch festgestellt werden, daß im Bundesrath 14 Stimmen gegen denselben stimmten und er wegen dieses Widerspruchs verworfen würde. Wenn nun die Verfassungsfrage im Bundesrath gar nicht erörtert wird, aber auch nicht 14 Stimmen dagegen sind, dann ist das Tarifsgezet kein Verfassungsgesetz, sondern ein einfaches Gesetz wie jedes andere; denn nicht jedes Gesetz, welches an die Stelle eines Verfassungsgesetzes tritt, ist darum von vornherein ein Verfassungsgesetz. Das Wesen der constitutionellen Garantien ist bisher nicht definiert worden. Hier gilt das Wort, daß, wo Begriffe fehlen, zur rechten Zeit ein Wort sich einstellt.

Eine wahre Garantie ist die Ministerverantwortlichkeit, d. h. die juristische Möglichkeit eines Strafverfahrens, obwohl wir in Baiern trotz eines sehr scharfen Ministerverantwortlichkeitsgesetzes bisher noch keinen Minister vor Gericht stellen konnten, der nicht bewilligte Gelder ausgegeben hatte; auch zweifle ich nicht, daß die Persönlichkeiten, mit denen wir im Reiche zu thun haben, es mit ihrer moralischen Verantwortlichkeit nicht leicht nehmen. Aber diese Garantie fehlt doch in unserer Verfassung, sowie leider auch das Einnahmeverwilligungsrecht. Die Gegner des Antrags v. Frandenstein betrachten bisher die Matricularlagen als eine constitutionelle Garantie, als ein Surrogat für das Einnahmeverwilligungsrecht, ihre Erhaltung kann also eine Verletzung dieser Garantien nicht sein. Der Vorschlag, den Einzelstaaten bestimmte Steuern zu überweisen, damit die Matricularlagen erhalten bleiben, unterscheidet sich nicht principiell von dem Frandensteinschen. Ich habe weit eher eine centralistische als eine föderalistische Ader; aber ich kann es nicht bedauerlich finden, daß wir nicht kontrolliren können, ob die Einzelstaaten das ihnen überwiesene Geld zu dem Zwecke verwenden, zu dem wir es bestimmen. So lange es in Deutschland Einzelstaaten mit eigenen Regierungen und Landesvertretungen giebt, können diese sich eine solche Einmischung des Reichstags in ihre Finanzen nicht gefallen lassen. In Baiern könnten wir z. B. die Ueberweisungen schwerlich zur Verminderung der Grundsteuer verwenden, da wir sie seit 1830 nicht erhöht haben. Wenn aber in den Einzelstaaten die Einnahmequellen verstopft und nicht fließend zu machen sind, so sind wir verpflichtet, wenn wir aus denselben schöpfen, unsere Ueberlässe wieder in die Kassen der Einzelstaaten überzuleiten. Ob dies nun dadurch geschieht, daß die Zölle erst in die Reichskasse fließen und der Ueberfluß später herausgegeben wird, oder dadurch, daß erst die Zolleinnahmen den Einzelstaaten überwiesen und von diesen an das Reich als Matricularlagen wieder abgeführt werden, das ist nur eine Verschiedenheit der Rechnungsmanipulation.

Man findet den principiellen Unterschied in den verschiedenen Folgen, welche eintreten, wenn einmal ein Staat nicht zahlen will. Nun, wenn Preußen dies einmal thäte und sich dabei auf seine Macht stützte, dann wäre es überhaupt mit dem Reiche zu Ende. Sollte man aber in einem anderen Staate ernstlich an die Zurückhaltung der Zahlungen denken, dann wehe diesem Staate; die nunmehr auf Grund des Frandensteinschen Antrags nöthige Bundesexequation würde wohl mehr centralistische als föderalistische Folgen haben. Endlich auch eine Aenderung in der Politik des Reichstagskanzlers, wenn eine solche wirklich eintreten sollte, kann mich nicht abhalten, dem Tarif zuzustimmen. Die Entlassung Falks bedeutet noch keinen Schritt, nicht einmal eine leise Wendung nach Canossa, und wenn Falk den evangelischen Oberkirchenrath in Preußen nicht fromm genug ist, so geht das Reichstag nichts an. (Heiterkeit.) Nun würde ja die Mehrheit, welche den Frandensteinschen Antrag durchgebracht hat, wohl auch das Tarifsgezet ohne meine Zustimmung durchgehen; aber ich vermute es, aus den Beschlüssen Anderer Vortheil zu ziehen, und muß durch mein Votum offen bezeugen, daß ich das Prinzip des Tarifs billige. (Beifall rechts.) Ich könnte es nicht verantworten, wenn ich das Zustandekommen des Gesetzes verhinderte, und die dann sicher erfolgende Auflösung des Reichstags unser Volk in neue Verunruhigungen und die Wogen des Wahlkampfes stürzte, von denen ich nicht weiß, was sie noch weiterreißt. Die materiellen Interessen würden sich dann hier noch breiter machen, als dies leider schon geschieht ist. Ich habe jezt 1848 bewiesen, daß mir die Macht und Herrlichkeit des Reiches immer am höchsten stand, und habe den Muth gehabt, in den fünfziger Jahren als vermögensloser Staatsdienstaspirant in Baiern zu proclamiren, daß Preußen an die Spitze Deutschlands treten müsse. Ein Minister jagte mir damals ich würde nicht angestellt, weil ich Republikaner sei; „das bin ich nicht, Excellenz.“ „Was sind Sie denn?“ „Erbitterter“, erwiderte ich. „Das ist ja noch viel schlimmer“ sagte der Minister. (Heiterkeit.) Ich kann daher jeden Vorwurf des versteckten Particularismus oder des mangelnden Gefühls für die Würde und Hoheit des Reichs mit Stolz zurückweisen. (Beifall.)

Abg. v. Behr-Schmolow verliest folgende von ihm, von den Abgg. v. Bethmann-Hollweg (Wirsitz), Fürst Carolath, Jäglage, v. Gerlach, v. Malchahn, v. Schöning, Stelter, v. Treitschke und v. Unruhe-Romst unterzeichnete Erklärung: „Die Unterzeichneten haben durch ihr Verhalten bei den beiden ersten Lesungen der Tarifvorlage dargelegt, daß sie das Verlassen der staatswirtschaftlichen Grundzüge, welche den Handelsverträgen mit Frankreich und Oesterreich zu Grunde liegen, nicht billigen können. Sie halten es andererseits für dringend geboten, dem Haushalt des Reichs und der Einzelstaaten durch Finanzzölle die nothwendig gewordenen Einnahmequellen zu eröffnen. Diese politische Nothwendigkeit steht ihnen höher, als volkswirtschaftliche Bedenken. Da sie bei der Schlussabstimmung nur die Wahl haben zwischen der Annahme und der Verwerfung des gesammten Tarifs, so betrachten sie es als ihre Pflicht gegen Kaiser und Reich, in dritter Lesung für die Tarifvorlage zu stimmen.“

Abg. v. Hölder: Meine Motive für die Schlussabstimmung, in welcher ich mich von der Mehrzahl meiner politischen Freunde trennen werde, deden sich nicht mit denen des Vorredners. Ich bin mit mehreren wichtigen Bestimmungen des Tarifs nicht einverstanden. Wenn man Gegenstände des allgemeinen Bedarfs besteuern will, so hätte man das vorläufig nur in sehr mäßigem Umfange thun dürfen, denn alle auf den vermutlichen Ertrag dieser Finanzzölle gerichteten Rechnungen beruhen auf keiner absolut sicheren Basis. Erst nachdem man einige Jahre hindurch die Erträge mäßiger Finanzzölle beobachtet, hätte man auf dieser sicheren Basis die nach den Bedürfnissen erforderlichen Weiterbewilligungen eintreten lassen können. Der Antrag Frandensteins ist nach seinem Wortlaut und dem Gedanken, aus dem er hervorgegangen, mindestens dem Geiste der Reichsverfassung widersprechend, aber in der Praxis ist ihm eine so verhängnisvolle Bedeutung nicht beilegen.

Auch wenn er materiell eine Verfassungsänderung enthalten sollte, so ist er doch nicht Verfassungsrecht geworden. Daß sich die Reichsorgane in der Bewilligung der nöthigen Reichsausgaben beschränkt fühlen konnten, befuhrte ich nicht, da das Reich jezt den Einzelstaaten reichliche Mittel zufließen wird. Da ferner die Vertheilung an die Einzelstaaten erst nach Berechnung der Matricularlagen erfolgen wird, so hat der Antrag Frandensteins factisch nur die Bedeutung einer Rechnungsfrage. Die Landesvertretungen werden dafür zu sorgen haben, daß die ihnen vom Reiche zugetheilten Mittel zweckmäßig und zu Steuererleichterungen verwendet werden. Eine wirkliche Schädigung des Reichs kann ich in der Annahme des Antrags Frandensteins nicht erblicken, das thun auch die berufenen Organe der Reichsregierung nicht, und deshalb kann ich davon allein meine Schlussabstimmung nicht abhängig machen. Ich begrüße es mit Freuden, daß durch dieses Gesetz mit der freihändlerischen Richtung in unserer Gesetzgebung gebrochen wird und erachte es für heilsam, daß der finanziellen Vorlage der Einzelstaaten, hauptsächlich verursacht durch die großen Anforderungen des Reichs, abgeholfen werden soll. Gegen solche Lebensfragen schweigen meine übrigen Bedenken, ich werde deshalb für das ganze Gesetz stimmen.

Abg. Hänel: Der Reichstagskanzler hat gestern auch gegen die Fortschritts-partei gleichsam freisinnig eine Bemerkung gerichtet, die mit Stillschweigen zu übergehen mir widerstrebt, weil der Reichstagskanzler mit dem Vorwurf, wir hätten gar keine positiven Ansichten über Finanzen und Handelspolitik, wir enthielten sie immer erst an den Vorlagen der Regierung, um daraufhin „mein“ zu sagen, gerade sich selber Unrecht thut. Er ist hervorgegangen

aus einer entschiedenen Unabständigkeit gegen unsere Partei, denn unseren heutigen Standpunkt hat ja der Kaiser Jahrzehnte lang selbst eingenommen und mit seiner Verantwortlichkeit gedeckt. Wir verteidigen jezt die gescheiterten Grundlagen, welche er geschaffen hat, oder waren auch seine Schöpfungen einfach negative? Er hätte uns sagen können, daß wir nicht die gleiche Unabständigkeit besitzen, wie er, und freilich, dann hätten wir einfach schweigen müssen. Die formalistische Frage, ob durch den Frandensteinschen Antrag eine Verfassungsänderung vorliegt oder nicht, ist ganz untergeordneter Natur; entscheidend ist, ob der Geist und Sinn der Verfassung widerspricht (Sehr richtig! links), und da sage ich unbedingt „ja!“ Geist und Sinn der Verfassung ist, daß wir uns im Reiche ein selbstständiges Finanzsystem schaffen und dergestalt abgrenzen, daß daneben die einzelnen Staaten sich ebenfalls ihr selbstständiges Finanzsystem gründen und fortpflanzen können. Dieser Gedanke wird vollständig durchbrochen. (Sehr richtig! links.) Formell liegt hier keine Verfassungsänderung vor; der Antrag bedeutet nichts Anderes als die Festsetzung bestimmter Verwendungszwecke, bestimmter Einnahmen durch Gesetz. Ich würde mich keinen Augenblick scheuen, ihn einfach durch das Staatsgesetz zu beseitigen. (Sehr wahr! links.) Er ist nicht föderalistisch, sondern particularistisch, indem er einseitig in das Interesse der einzelnen Staaten augenfällige Vortheile einbringt, aber die Grundlage der verfassungsmäßigen Entwicklung unterhöhlt. Er fesselt ihre Interessen an den jezt geschaffenen Zustand und zugleich den Fluß der Gesetzgebung im Sinne dieser Interessen. Dagegen ist das oberste Erhaltungsprincip des Föderalismus, die Competenzen so reinlich als möglich abzugrenzen. Sie vermischen sie gerade auf dem empfindlichen Gebiete der Finanzverwaltung, um Gegenstände herauszubekommen, und weisen Reich und Einzelstaaten auf die nämliche Einnahmequelle an.

Die constitutionellen Garantien, meinte der Abg. Böck, vertragen nicht viel, er legte das Hauptgewicht auf die Ministerverantwortlichkeit, die leider in unserer Verfassung nicht genügend ausgebildet ist, wir haben kein Processgesetz, nicht die Möglichkeit einer Exequation. Eine leere Phrase ist sie zwar nicht, denn wir haben auch Mittel, um dieselbe geltend zu machen, in unserem Budgetbewilligungsrecht und in dem Recht der Anklage beim Kaiser, welcher die verantwortlichen Minister ernannt. Aber wäre sie auch ganz werthlos, sollen wir darum auch das Wenige und Letzte, was wir an constitutionellen Garantien besitzen, opfern? Nun ist gesagt worden, daß wir durch den Antrag Frandensteins wenigstens die Garantie behielten, die in dem Reiche, die Matriculararbeiten zu bewilligen, liegt. Aber diese haben einmal eine ganz andere Bedeutung gewonnen, als sie früher hatten. Bisher beschloßen wir nach Maßgabe der Ausgaben die Einnahmen, bemessen auf das Steuerbudget der einzelnen Staaten. Jezt bewilligt man eine Gesamtsumme von Einnahmen, gesteigert um 100 und so und so viele Millionen, und die Matriculararbeiten sind nichts als der Vertheilungsmacht zwischen den einzelnen Staaten und dem Reiche in Bezug auf den Ueberfluß der Erträge über 130 Millionen hinaus. Auf die Stichhaltigkeit der Gründe, die Sie (im Centrum) für Ihre Garantien vorführen, kommt es Ihnen gar nicht an. (Widerpruch.) Sie machen einen vollkommenen Frontwechsel mit einer solchen Marschfertigkeit, wie es noch nicht dagewesen ist. Was wir von Compromissen kennen, ist ein wahres Kinderspiel gegen das, was man hier in ein Paar Monaten vor uns aufgeführt hat. Hat es jemals einen schärferen Gegensatz gegeben, als dem zwischen dem Reichstagskanzler und Ihnen? Eine so tiefe und breite Kluft, daß selbst die Dünste des Glets und der Verachtung aus dieser Kluft emporsteigen könnten? Sie erinnern sich doch wohl noch der Scene, als Fürst Bismarck Ihnen den Herrn Kullmann an die Rockschöße hängte. (Heiterkeit.)

Mich wundert nur, daß Sie für die Art, wie Sie die Ueberbrückung dieses Gegensatzes bewerkstelligen, so viele Gründe anführen. Sie waren ja nie eine politische Partei, denn Ihre ganze politische Thätigkeit war wesentlich das Mittel zur Erreichung auf ganz anderem Gebiete liegender Ziele. Aber auch unsere Position Ihnen gegenüber ist gerechtfertigt; wir haben Ihnen nie Bündnisfähigkeit mit uns zugetraut und Sie besitzen solche auch nicht mit uns, sondern nur mit der Mehrheit. Es ist eine geschichtlich bedeutungsvolle Thatsache, daß die Conservativen auf Erfolg nur hoffen können im Bunde mit dem Ultramontanismus, und umgekehrt. Es ist aber eine Errungenschaft des deutschen Volkes, daß kirchliche Parteien keine Politik nicht mehr beherrschen können und darum wird auch jene Coalition, auch wenn sie der Reichstagskanzler mit seinem Namen deckt, zu keinem Siege führen. Der Sieg gehört unser, dafür spricht der Geist unseres Volkes. (Heiterkeit rechts und im Centrum.) Ich verstehe diejenigen nicht ganz, die die Ablehnung nur an die Frandensteinsche Garantie knüpfen. In dem Augenblicke, wo Sie die Ueberflußwirtschaft in Deutschland begründen, ist die ganze Frage der Garantien nur eine Scheinfrage, denn die wahren Garantien sind im letzten Grunde nur das Recht und die Macht der Steuerbewilligung durch das Volk. Steuer- und Ausgabebewilligung muß in einer Hand liegen. In dem Augenblicke, wo Sie Ueberflußwirtschaft treiben, ist nicht mehr zu helfen, vom constitutionellen Standpunkt, ausgenommen, wenn Sie Rechenschaft auch über die Ausgaben hier fordern und feststellen, wie dieselben durch die von Ihnen bewilligten Einnahmen gedeckt werden sollen. Auf diesem Wege giebt es keinen Halt und wenn Sie es mir nicht glauben, so glauben Sie dem Abg. von Treitschke; würde er diesem Antrage zustimmen, er, der so perfect ist, um die Spuren unitarischer Richtungen zu finden? — Wir stehen vor einer vollen Revolution in unserer Finanz- und Zollpolitik, die herrschenden Klassen sollen entlastet und die ärmeren mehr belastet werden. (Widerpruch rechts.)

Seltener Weise wenden Sie mit einem Male die Methode des laissez faire gerade auf diese Steuerfrage an. Sie sagen, wir treffen allerdings zunächst und überwiegend die breiten, also die ärmeren Klassen, aber es wird sich schon machen (sehr gut! links), es wird sich irgendwie eine Abwägung ergeben, und dafür geben Sie nun eine Reihe von Scheingründen an, die alle falsch sind. Nicht die Behauptung, daß die Einnahmen reichlich fließen, kann irgend welche Umkehr in den Steuerverhältnissen rechtfertigen, die Lasten müssen auch gerecht vertheilt werden. Sie sagen freilich, wir haben ja schon eine Reihe von indirecten Steuern. Genieß, auch wir sind nicht die Finanzkünstler, die im Stande sind, ohne indirecte Steuern auszukommen. Wir haben niemals das Programm vertreten, daß die indirecten Steuern ohne Weiteres abgeschafft werden können, aber wir haben stets anerkannt, daß sie in hervorragendem Maße die ärmeren Klassen belasten. Wir haben deshalb nach dem Correctiv gesucht und es gefunden, einmal darin, daß wir es nicht ausdehnen auf unentbehrliche Lebensmittel, zweitens darin, daß wir das directe Steuerwesen ganz scharf und hart ausbilden, gleichgültig, ob die Wohlhabenden schreien und sich über Steuerbedrückung beklagen. (Sehr richtig! links.) Dieses scharf angelegte Steuersystem halten wir für das unentbehrliche Complement gerade des Zugeständnisses aller indirecten Besteuerungen. Sie dagegen befehlen in diesem Augenblicke jenes erste Correctiv, das Unterlassen der Besteuerung der unentbehrlichen Lebensmittel, und machen andererseits große Versprechungen dahin, daß Sie die directen Steuern abschaffen und den Ausfall deden wollen mit den indirecten Steuern. Darin können wir nicht willigen. Die ganze politische Situation ist auch nicht dazu angethan, um in Hülle und Fülle außerhalb sogar unserer Controlle Geldmittel zu bewilligen. Wir stehen in stetigem Gegensatz zu der ganzen Methode der Politik, wie sie gegenwärtig vom Reichstagskanzler geführt wird. Man hat hingewiesen, um diese Methode näher darzustellen, auf die Entlassung jener drei preussischen Minister. Ich verweigere allen denjenigen, welche nicht Preußen sind, soweit sie nicht noch nicht gekommen, daß die preussischen Minister die Stellung von Dienstmägden einnehmen, welche geben und kommen, bloß um sich zu verändern. (Sehr gut! links.)

Nein, es hat auch hier wieder eine Verbräuchung von Kräften stattgefunden und sich herausgestellt, daß Charaktere und selbstständige Ueberzeugungen selbst dann nicht einen Platz neben dem Reichstagskanzler haben, wenn dieselben doch mit einer Eingebung für die letzten Ziele desselben arbeiten haben, die über jedes Lob und jeden Tadel erhaben ist. Der Reichstagskanzler warf den verschiedenen Parteien gestern zu meinem Erstaunen vor, sie könnten ihm nicht eine genügende Stütze geben, er habe es immer mit jeder einzelnen, insbesondere mit der nationalliberalen versucht, allein



er könne mit ihnen nicht auskommen. Mit wem ist denn der Reichskanzler endlich einmal ausgekommen? (Sehr wahr! links.) Seine enormen Verdienste um Deutschlands Einigung und Machtstellung gegenüber Europa hatten ihm auch eine gewaltige Machtstellung im Innern gegeben. Mehrere Parteien, auch die Fortschrittspartei spreche ich nicht davon frei, glaubten, sie könnten diese Machtstellung des Reichskanzlers respectiren, die großen Vortheile, die seine Leitung der Angelegenheiten für unser deutsches Vaterland mit sich brachte, einbeziehen und doch noch daneben liberale Politik treiben, da der Reichskanzler doch einen gewissen Einfluß parlamentarischer Art zulasse. Zu unserer großen Enttäuschung ergab sich, daß der Reichskanzler zu einer Höhe ministerieller Diktatur gelangt ist, neben welcher alles parlamentarische Leben Scheitern wird. (Sehr wahr! links.) Er spielt mit den Parteien, er wirtelt mit ihnen, er legt die Keime der Zerspaltung in sie hinein und regt sie gegen einander auf, er verbindet sie ganz nach seinem Belieben und seinen eigenen Gesichtspunkten. Er hat auch keine Faser eines parlamentarischen Staatsmannes. Von der Kunst eines constitutionellen Staatsmannes, die Parteien im Hause groß und einig zu halten, der nur leider zu sehr begründeten Neigung unseres politischen Lebens zur Zerspaltung Dämpfer aufzusetzen, und indem er die Parteien leitet, sie auch wirklich zu leitenden Parteien zu erheben, hat der Reichskanzler keine Ahnung, und darum muß schließlich jeder Versuch, mit ihm das constitutionelle System hier zur Geltung zu bringen, scheitern.

Herr v. Hellendorff hat und gestern dazu eine sehr werthvolle Illustration gegeben, er hat nämlich für seine Partei ein Programm aufgestellt, daß wir an einem Uebermaß constitutioneller Berechtigungen litten, und diese constitutionelle Machtstellung habe das Interesse der Nation herabgerückt. Es ist allerdings wahr und wunderbar, daß in diesem Augenblick, wo es sich mehr als jemals um die künftige Entwicklung des deutschen Volkes handelt, das Volk gleichgültig bleibt und nur die oberen Etagen der Interessenten gehört werden. Der Grund ist aber nicht die constitutionelle Machtstellung, sondern das einfache Gefühl; mit diesem Reichskanzler ist eben jede constitutionelle Verfassung ein Scheitern, es ist weiter nichts, als daß der Reichskanzler das constitutionelle System benutzt, um seinen dictatorialen Plänen einermachen die Verantwortlichkeit zu entziehen. Wenn ich mir dachte, daß diese Art von Gleichgültigkeit, der Zerspaltung aller Parteien fortbauerte, dann sähe ich trübe in die Zukunft. Ich weiß, es ist ein Uebergeordnetes, vielleicht ein schweres und rauhes, wo wir, die untergeordneten Politiker — so kann ich ruhig sagen — kämpfen müssen mit einem Manne von der Bedeutung des Fürsten Bismarck, gerade deswegen aber geben wir keinen Deut weg von den Grundfäden, zu denen wir uns bekennen, und wir werden auch nicht darin einwilligen, daß ein Schatten jenes Rechts und jener Machtstellung verloren geht, die wir noch jetzt für die Vertretung des preussischen Volks besitzen. Das ist unsere Devise, mit der wir im Augenblick gegenüber einer Coalition des Ultramontanismus und des Conservatismus fallen mögen, aber der Sieg bleibt uns. (Lebhafte Beifall links, Stillsitzen rechts.)

Abg. v. Schorlemer-Mst: Ich hatte geglaubt, daß die Höhe der Debatte bei dem Petroleum ihren Höhepunkt erreicht habe (Zuruf: Schwach!) — warten Sie doch erst ab, was ich sagen will, sonst blamiren Sie sich — aber die Rede des Abg. Hänel hat jenen Höhepunkt noch übertroffen. Er hat den Antrag Frandenstein parlamentarisch genannt und daraus deducirt, daß er dem wahren Liberalismus und dem Reichsgedanken feindlich sei. Das ist falsch; wir fördern damit den Conservatismus und kämpfen gegen den Fortschritt, der nach dem Ausdruck des Vorredners die Gesetzgebung im Fluß erhält, einem Fluß, der allerdings nur verheerende Fluthen wälzt. Der Vorwurf des Vorredners, daß wir mit ungeheurer Marktschreiergewandtheit einen Frontwechsel gemacht hätten, ist unbegründet; denn wir haben bisher gethan, entspricht vollständig unserem schon seit Jahren aufgestellten Programm und es kann uns nur erfreulich sein, wenn wir darin im Einklang mit dem Reichskanzler sind. Der Vorredner behauptet, das Centrum wäre keine politische Partei. Aber ich glaube, wir sind ihm jetzt als solche außerordentlich unbehagen. Er sprach uns die Bündnisfähigkeit ab, doch wohl nur mit der Fortschrittspartei, darin hat er Recht. Erstens wäre es taktisch unklug, sich mit den paar Herren, die dort noch sitzen, zu verbünden, und zweitens sind ihre Grundfälle in Bezug auf das uns Heiligste und Ueberste die unfrigen diametral entgegengesetzt. Der Vorredner behauptet, die jetzige Coalition widerspreche dem Geiste der deutschen Nation. Ist etwa der Abg. Hänel der Geist der deutschen Nation? (Au! links.) Wenn man, wie die Liberalen, den Reichskanzler schon seit Jahren so als Staatsmann gefeiert hat, dann müßte man doch einsehen, daß man mit solchen Angriffen gegen sein staatsmännisches Talent in dem Augenblicke, wo man zufällig unterliegt, sich selbst am meisten compromittirt. Als ich gestern in der Voraussetzung, daß der Abg. Bessler seine Rede beendet hätte, den Saal wieder betrat (Heiterkeit), hörte ich noch wie er sagte, er thue einen verhängnißvollen Schritt nur, wenn er ihn klar und ruhig überlegt habe. Einen solchen Widerspruch vermag ich nicht zu verstehen.

Nach der auf Grund einer Allerhöchsten Cabinetsordre abgegebenen Erklärung der Finanzministerin Hobrecht und nach der in Folge dessen vom preussischen Abgeordnetenhaus angenommenen Resolution, wonach die Uebereinstimmung, welche aus den Mehreinnahmen des Reiches Preußen überweisen werden, zur Erleichterung der directen Steuern verwendet werden sollen und nach den Erklärungen des Reichskanzlers vom 2., 8. und 21. Mai, daß diese Vorlagen zum Schutz der nationalen Arbeit und zur Entlastung der directen Steuern dienen sollen, werden wir für dieselben stimmen und es erübrigt mir nur noch einige frühere Angriffe gegen meine Partei gebührend zurückzuweisen. Die „Provinzial-Correspondenz“ führte Anfangs Juni aus, daß das Centrum jetzt zum ersten Male an der positiven Gesetzgebung des Reiches theilnehme, weil das Programm des Reichskanzlers großen Anhang in weiten Schichten der Bevölkerung gefunden habe. So viel Schmeichelei enthält, so viel Lüge. Obwohl der Brief vom 15. December eine That war, die den Gann brach, so haben wir doch schon vor drei Jahren, als der Reichskanzler noch nie davon gesprochen hatte, eine Reform der Steuer- und Wirtschaftspolitik aufgenommen, und ich persönlich habe noch ein Jahr früher eine dahin gehende Resolution im preussischen Provinzial-Landtage durchgesetzt. An der positiven Gesetzgebung haben wir immer Theil genommen, wo es mit unseren Principien vereinbar war. Nun behauptet der Abg. Lasker, unser Vorgehen habe nothwendig einen politischen Hintergrund. Er sagte ja auch beim Petroleum, daß man in solchen Fragen bei den Dienstmännchen Erfindungen einbringen müsse. Möglicherweise hat er auch diese Information aus derselben Quelle geholt. Haben denn Ihre mit uns stimmenden Parteigenossen auch einen politischen Hintergrund für ihr Vorgehen? Wenn jetzt der Stolz der bisher einflussreichen nationalliberalen Partei vernichtet worden ist, so ist mir das sehr angenehm. Für uns ist die Lage dieselbe, der Culturkampf wird ungeschwächt fortgeführt und die uns feindliche Gesinnung bei den Liberalen dauert fort, wie die Hirschberger Rede des Abg. v. Bunsen beweist.

Die nationalliberale Partei war ja auch bereit, hohe Finanzzölle zu bewilligen, wie die „Magdeburger Ztg.“ ausführte, mit Rücksicht auf das ablaufende Militärlehnrecht, wenn nur, wie die „Köln. Ztg.“ rührend ausführte, der Reichskanzler den Nationalliberalen ein wenig entgegenkommen wollte. Nebenbei sprach die „National-Zeitung“, die sich jetzt allerdings in einem traurigen Zustand befindet. Ich bin zufrieden, wenn auf das Grab der nationalliberalen Gesinnung eine Trauerweide gepflanzt wird. Der Abgeordnete v. Bennigsen hat noch geknirscht, daß er hundert Millionen Finanzzölle und einen mäßigen Schutz auf Eisen bewilligen wollte. Aber die 30 Millionen waren nicht die Differenz zwischen dem Reichskanzler und ihm, sondern die Bedingung, daß die Bewilligung limitirt sein sollte und der Eintritt dreier Nationalliberalen in das Ministerium. Mit einem hätte es der Reichskanzler wohl risirt, drei waren ihm zu viel. Ihre Zeit ist abgelaufen und mit der Agitation der angeführten Anisformeln, auf die ich noch immer warte, werden Sie sich wohl täuschen. Ich werde mich freuen, wenn einmal die Nationalliberalen, wie der Abg. v. Bennigsen versprochen, den weiteren Verlauf der Dinge mit Festigkeit abwarten werden. Ihr Bündniß mit den Socialdemokraten bewies, trotzdem der Abg. Richter entschieden dagegen protestirte, der Beifall, den die Linke und namentlich der Abg. Lasker der neuen Rede des Abg. Weber zollten. Jetzt wird man nicht mehr von der schwarzen und der rothen, sondern von der blauen und der rothen Internationale sprechen. Das ist auch keine neue Allianz, die Socialdemokratie ist der natürliche Sohn des Liberalismus, er hat sie groß gezogen, wenn man es auch nicht zugeht. Aber der Abgeordnete Weber will gewiss zugeben, daß die Socialdemokratie nicht vorfindig in der Wahl ihres Vaters gewesen ist. (Heiterkeit.) Der Abg. v. Bunsen hat in Hirschberg seinen Wählern gesagt, diese Reformpolitik und der Reichskanzler selbst seien gerichtet. Das hat auf den Reichskanzler gewiß einen erschütternden Eindruck gemacht! (Heiterkeit.)

Der Abg. Bamberger hat in dem offenen Schreiben an seine rheinischen Wähler erklärt, daß niemals bei einer so wichtigen Vorlage die Gerechtigkeit so wenig gehört worden sei. Unter der Gerechtigkeit versteht er sich doch sicherlich selbst und nach seinen und seiner Freunde langen Reden wird er diese Begaubung doch nicht mehr aufrecht erhalten. Er hat neulich von den Burgen am schönen Rheinstrom gesprochen, zu denen Bürger und Bauern mit Wohlgefallen aufsehen und über welche Wolken einberziehen. Die frei-

händlerischen Wolken Bamberger's werden aber die Sonnenstrahlen des Schutzes nicht abhalten. Wir wollen den föderativen Charakter des Reichs, der dem deutschen Nationalcharakter entspricht und das monarchische Princip schützt, wahren. Ist dieser zerrört, dann ist der erste Schritt zur Republik sehr leicht. Wir wollen Schutz der Industrie statt den Ruin der heimischen Production durch den Freihandel. Wir wollen organische Oederung, statt der Störung des Mechanismus, religiöse statt der materialistischen Erziehung, Schutz der Arbeit gegen die Ausbeutung des Capitals. Wir werden Ihnen auch noch eine Vorlesung bringen! Hauptächlich aber wollen wir das Vaterland nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich vom Auslande unabhängig machen. Diese unsere bisherigen patriotischen Grundfälle werden wir auch ferner befolgen. Der Abgeordnete Lasker allerdings hat nach seiner Aussage viele seiner Grundfälle dem Zusammengehen mit dem Reichskanzler geopfert und klagt jetzt über dessen schlechte Behandlung; hätte er es nicht gethan, so würde er eine andere Behandlung erfahren. Sie sterben am Culturkampf, das ist Ihr Ende. Sie werien uns vor, wir hätten zu viel bewilligt. Aber Sie haben 3. B. durch den Culturkampf dem deutschen Volke eine Last von 20 Millionen aufgebürdet, und diese Lasten, welche solche große Bewilligungen erforderlich macht. Dieselben drücken das Volk viel schwerer als die 3 Pfennige beim Petroleum. Der Reichskanzler hat Land und Leute alle gemacht und der Liberalismus die Landwirtschaft so belastet, daß es ihr geht, wie dem Kameel, daß durch einen Strohhalm, den man seiner Last zufügt, niedergebückt wird.

Dem Abg. Richter (Hagen) macht es immer ungeheures Vergnügen, uns mit unserer Vergangenheit in Widerspruch zu setzen; heute will ich mir einmal mit ihm ein ungeheures Vergnügen machen. Er behauptet, er sei nie unser Feind im Culturkampf gewesen, er habe nicht für die betreffenden Maigesetze, namentlich nicht für die Maigesetze gestimmt. Das Wort „Culturkampf“ kommt zuerst in einem von den Abgg. Birchow und Richter unterzeichneten Wahlauftrag vor. Bei der Abstimmung im Reichstage hat der Abg. Richter ohne Entschuldigung gefehlt und in Preußen hat er gestimmt für das Schulaufsichtsgesetz, für das Gesetz über die Verwaltung der Bistümer, für die Aufhebung der Verfassungsurteile, für das Ordensgesetz, für das Aufschlagsgesetz über die Vermögensverwaltung der Bistümer. Im Ganzen hat er sechs Mal für die Maigesetze gestimmt und sieben Mal ohne Entschuldigung gefehlt. Das ist seine Wahrheitsliebe. Sie sprechen jetzt immer vom armen Mann, hören Sie denn auf ihn, als er Sie um seine Religion, seinen Seelzöger, seine barmherzigen Schwestern ansehe? Wenn ich die sanften Flötenhöre über die Vorgänge des Freihandels vor dem Schutzzoll, dann erinnere ich mich jenes Landwirths, der das Unglück hatte, eine akademisch gebildete Frau zu haben. Diese Frau hieß: Jean Pierre, hörst Du, wie Philomela stöhnt? Dieser antwortete aber: „Die heit gut stöden, die heit keenen Weten to verkoopen!“ (Heiterkeit und Beifall.)

Abg. Schröder-Friedberg erklärt, daß er gegen das Tarifgesetz stimmen werde, weil der Frandensteinsche Antrag in d-m-Elben enthalten sei und das Einnahmewilligungsrecht des Reichstages dadurch alterirt würde. Er glaube nicht, daß die Mehreinnahme zur Deduction des Deficits der Einzelstaaten verwendet werden würde, denn 1881 höre das Militärsepiennat auf und er müsse erst abwarten, ob das Centrum dann auch sparsam sein werde.

Abg. Bahlke: Der ultramontane Abgeordnete Mönning hat allerdings bei den Wahlen erklärt, daß er das Volk mit neuen Steuern nicht belasten wolle und dafür bei der Stichwahl unsere Stimmen erhalten. (Stört, hört!) Von einem Bündniß mit den Ultramontanen ist deshalb bei uns keine Rede. Wenn man den armen Mann bisher nicht gehört hat, so kommt das daher, daß Sie ihn durch das ungerechte Socialistengesetz gefehlet haben. (Der Präsident bezeichnet den letzten Ausdruck als nicht mehr ganz in der Ordnung.) Redner führt dann aus, daß der Reichskanzler allein ohne Rücksicht auf die Volksvertretung regieren wolle, das Volk müsse regieren, sein Wille müsse entscheidend sein, nicht der eines einzelnen Regierungsbeamten. (Lachen rechts.) Was ist dabei zu lachen, die Leute werden ja vom Volke bezahlt, es ist ihre Pflicht, das Interesse des Volkes zu wahren, nicht zu thun, was ihnen gut dünkt. Er und seine Freunde würden für einige Schutzölle stimmen können, aber nicht für die Finanzzölle, die den Armen belasten, den Reichen entlasten.

Abg. Kiefer erklärt sich gegen das Tarifgesetz, weil es die constitutionellen Grundlagen des Reichs und der Einzelstaaten in Frage stelle, die Einzelstaaten mit dem Reiche unnatürlicher Weise zusammenkopple und nur eine sturmvolle Zukunft und eine Zeit gegenseitigen Mißvergnügens herbeirufe. Wenn man die Volksvertretung in dieser Weise ihres Budgetrechts entleide, so schaffe man etwas dem alten Bundesstate Ähnliches und für Deutschland trete eine gewisse Stagnation ein. Der Antrag Frandenstein werde allerdings das Reich nicht ruiniren, aber den Fortschritt hemmen. Wenn man sich der Scene erinnere, die zwischen dem Reichskanzler und dem Centrum sich abgespielt haben, so erscheine die jetzige Coalition wunderbar; folge der preussische Staat den Grundfäden des Centrums, so werde er den Weg nach Olnitz gehen müssen. Daß der Socialismus der Sohn des Liberalismus sei, sei ein altmodischer, schon in den ordinärsten Caplansblättern erhobener Vorwurf. Aber die Ultramontanen hätten durch ihre Aufhebung der Massen gegen die Staatsordnung selber an der Religiosität des Volkes gesündigt. (Lachen im Centrum.) Das Lachen bedeutet gar nichts, es ist impotent. Wenn der Abgeordnete v. Hellendorff von dem Vankrott des Liberalismus gesprochen, so sollte er den Vankrott des Conservatismus nicht vergessen, als derselbe sich permanent gegen die Culturkampfgesetze sträubte und der Reichskanzler sich geringschätzig von dieser Unterpunktlit abwanderte. Er folge dem Beispiel des Abg. Bessler und stimme gegen das Tarifgesetz und gegen das Tabaksteuergesetz. Ein Bündniß mit den Socialisten bestehe bei den Nationalliberalen nicht, kein Socialdemokrat habe einem Nationalliberalen seine Stimme gegeben, aber in den Reihen der Conservativen sitze ein Mann, der mit Hilfe der Socialdemokraten gewählt sei. (Rufe: Namen!) Der Abg. v. Marichall. Das Volk, welches treu beim Reiche ausharren werde, sei der liberale Theil desselben und die Zukunft werde von dieser Session des Reichstages sagen, daß sie keine segensvolle, fruchtbare gewesen. (Beifall, links.)

Damit schließt die Debatte; persönlich bemerkt Abg. Richter (Hagen): Herr von Schorlemer hat meine Wahrheitsliebe verdächtigt, indem er einen Artikel verlas, welchen das Preßbureau der Clericalen über meine Abstimmung verbreitet hat. Ich habe in der Rede über das Niederwald-Denkmal gesagt, daß ich insofern nicht Gegner des Centrums gewesen, als ich nicht für die drei Reichsgesetze und nicht für die Maigesetze gestimmt habe.

Abg. von Schorlemer-Mst bemerkt dem gegenüber, daß Richter für das Schulaufsichtsgesetz, für die Civilehe, für das Gesetz über die Vermögensverwaltung gestimmt habe.

Abg. Richter (Hagen): Daß er für diese Gesetze gestimmt, sei eine Folge seiner politischen Stellung; er habe aber gegen den Kanzelparagraphen, gegen das Jesuitengesetz und gegen die grundlegenden Maigesetze von 1873 gestimmt.

Abg. v. Schorlemer-Mst bemerkt, daß von 1873 gar keine Maigesetze existiren.

Abg. Richter (Hagen): Es stellt sich heraus, daß auf dem Waschkittel seines Preßbureaus die eigentlich grundlegenden Maigesetze von 1873 gar nicht enthalten sind. Daraufhin behauptet Herr von Schorlemer, aus dem Jahre 1873 datiren gar keine Maigesetze; so groß ist also seine Unkenntniß, daß er gar nicht den Jahrgang kennt, in welchem die von ihm als „schauerhaft“ bezeichneten Maigesetze erlassen worden sind. (Große Heiterkeit.)

Schluß 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Freitag 10 Uhr. Gewerbeordnung, Nobelle, Steuerfreiheit des Spiritus für gewerbliche Zwecke, Zolltarif.

\* In der gestrigen Rede des Reichskanzlers sind zwei Druckfehler zu bemerken. Es muß heißen: „Der Tropfen demokratischen Deles, den ein bekanntes Wort für die Salbung des deutschen (statt „demokratischen“) Kaisers verlangte“. Und ferner: „Ich will nur darlegen, wie ich zu dieser Stellung jetzt den Fractionen (statt „Franzosen“) gegenüber komme“.

Berlin, 10. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den General-Staatsanwalt, Wirklichen Geheimen Ober-Justiz-Rath Weber hieselbst zum Wirklichen Geheimen Rath mit dem Prädikat „Excellenz“ ernannt; dem Kreis-Steuer-Einnehmer Dreiwitz zu Greifenhagen den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen; und in Folge der von der Stadtverordnetenversammlung zu Mülheim a. d. Ruhr getroffenen Wahl, den jetzigen Amtmann des Amtes Herne, von v. Bod. als Bürgermeister der Stadt Mülheim a. d. Ruhr auf die gesetzliche Amtsdauer von zwölf Jahren befristet.

Der frühere Bürgermeister Grau ist als Buchhalter bei der General-Staatskasse angestellt worden. — An der Kunstakademie in Kassel sind die Maler Joseph Schreunberg und Hugo Schneider als Lehrer angestellt worden. Der seitherige Kreis-Wundarzt Dr. med. Freyer zu Mehlaufen ist zum Kreisphysicus des Kreises Darfheim ernannt worden. — Der bisherige königliche Landbaumeister Ruttig zu Königsberg i. Pr. ist zum königlichen Bau-Inspcutor ernannt und demselben eine von ihm bisher commissarisch verwaltete Bau-Inspcutorstelle daselbst definitiv verliehen worden. (M.-Anz.)

— Berlin, 10. Juli. [Sitzung des Bundesrathes. — Die Annahme des Zolltarifs. — Die Nationalliberalen.

— Das Reichstagsgebäude.] Heute Nachmittag 2 Uhr hielt der Bundesrath die am Mittwoch verlagte Plenarsitzung, welche mehrere Stunden in Anspruch nahm. Den Vorsitz führte der Fürst Bismarck. Die Formalien, Feststellung des Protokolls und Ueberweisung der neuen nicht eben erheblichen Vorlagen an die Ausschüsse waren schnell erledigt. Den wichtigsten Gegenstand der Verhandlung bildete die Besprechung über die vom Reichstage bei der zweiten Verathung des Zolltarifsentwurfes gefaßten Beschlüsse. Sind wir recht berichtet, so wird sich der Bundesrath überall den Beschlüssen der zweiten Lesung anschließen und auch der für die dritte Lesung beantragten Erhöhung der Korn-, Eisen- und Garnzölle nicht entgegenstehen. Es darf erwartet werden, daß bei dem dringenden allseitigen Wunsch auf einen raschen Schluß der Session der Bundesrath nicht anstehen wird, durch Darlegung seiner Beschlüsse die Debatten möglichst abzukürzen. — Wie bereits gemeldet, erheischt die Ausführung des neuen Zolltarifs große und ziemlich umfangreiche Schwierigkeiten, denen zu begegnen demnächst Aufgabe des Bundesrathes sein wird. Man hat zunächst ein neues amtliches Waaren-Verzeichniß aufzustellen und sodann Maßregeln über eine schärfere Grenzkontrolle zu treffen, wie sie namentlich das Tabaksteuergesetz, dessen Annahme Seitens der verbündeten Regierungen nach den Beschlüssen des Reichstages feststeht, nothwendig macht. Man hat sich vorläufig über die Grundlage und Richtung dieser Maßregeln verständigt und wird die Festsetzung der Einzelheiten wohl einer Commission überlassen, welche nach der demnächst zu erwartenden Vertagung des Bundesrathes zusammentreten wird. — Die nationalliberale Partei des Reichstages wird morgen früh 9 Uhr zu einer Sitzung zusammentreten mit der Tagesordnung: „Bindender Fraktions-Beschluß“. Es heißt das, daß die Fraktion beschließt gegen den Zolltarif wie gegen das dazu gehörige Gesetz zu stimmen und es wird erwartet, daß diejenigen, welche für den Tarif stimmen, dann auch sofort aus der Fraktion austreten werden. Es ist heute noch nicht zu bestimmen, wie groß die Zahl derselben sein wird und ebenso wenig, ob, wie zu erwarten steht, nicht eine weitere Klärung der Fraktion vor sich gehen wird, welche, was auch dagegen gesagt werden mag, beschlossene Sache war, solange der Abgeordnete von Bennigsen einem Theil der Zoll- und Steuervorlagen sich geneigt zeigte. — Die Erklärung, welche der Abgeordnete von Behr-Schmolow im Namen von Abgeordneten zur Motivirung ihrer Abstimmung für den Tarif verlesen, daß vielfach Befremden hervorgerufen, zumal durch die Mitunterzeichnung des Abgeordneten Flügge, welcher wohl die schärfste Rede gegen den Tarif gehalten hat. — Die Annahme des Reichensperger'schen Antrages bezüglich des Reichstagsgebäudes vertagt die dringende Angelegenheit für's Erste auf ein Jahr. Man befürchtet aber nicht mit Unrecht, daß dieselbe ja nun vorläufig gar nicht zum Austrag kommen wird. — Das neue conservativ-clericale Bündniß hat sich damit wenig verdient gemacht. Der Abgeordnete v. Jordanbeck hat die Sachlage vollständig richtig geschildert, obgleich er einen Punkt unberücksichtigt gelassen hat, die ziemlich große Verwirrung, welche durch den heutigen Beschluß bezüglich der getroffenen Abmachungen mit den Grundstücksbesitzern hervorgerufen ist.

[Der Schluß der Reichstagsession] wird vermuthlich ohne besondere Feierlichkeit im Reichstagsgebäude selbst erfolgen; der Reichskanzler wird sich dann nach Kissingen begeben. Die parlamentarische Pause wird kaum drei Monate, die politische nicht so lange dauern, da der Landtag vor Ende October zu berufen sein wird. Zu diesem Zweck wird, da das Mandat kurz darauf abläuft, eine formelle Auflösung etwa Ende September und die Neuwahl gegen Mitte October erfolgen.

[Bekanntmachung.] Das durch meine Bekanntmachung vom 17ten Januar d. J. (Reichs-Anzeiger Nr. 15) erlassene Verbot der vom communistischen Arbeiterbildungsverein in London herausgegebenen periodischen Druckschrift „Freiheit“ erstreckt sich auch auf diejenigen Nummern dieses Blattes, welche unter der Aufschrift „Freie Presse“ zur Ausgabe gelangen. Berlin, den 9. Juli 1879. Der Reichskanzler. In Vertretung: Hofmann.

Auf Grund des § 11 Abs. 1 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie werden hiemit die vom Sonnabend, den 21. Juni und Mittwoch, den 25. Juni d. J. datirten Nummern 49 und 50 der in der schweizerischen Vereinsbuchdruckerei in Hottingen-Zürich erscheinenden Zeitung: „Kleine vereinigte Staaten von Europa“ von der unterfertigten Landespolizeibehörde verboten. Speyer, den 7. Juli 1879. Königlich bayerische Regierung der Pfalz, Kammer des Innern. von Lamotte, Königlich bayerischer Regierungs-Präsident.

Emß, 10. Juli. [Se. Majestät der Kaiser] machte gestern Nachmittag eine Spazierfahrt und wohnte am Abend der Vorstellung im Theater bei. Die Cur setzt Se. Majestät in gewohnter Weise fort. Zum heutigen Diner bei Sr. Majestät haben Prinz Heinrich XVIII. Reuß und andere hervorragende Persönlichkeiten Einladungen erhalten.

—ch. Von der sächsischen Grenze, 8. Juli. [Die Aera Seydewitz und die Falschheit der Bürgermeister. — Landtagswahlen. — Sächsischer Gemeindetag. — Gemeindevorstand.] „Freuen wir uns des Umschwungs! Die Aera Jordanbeck ist vorbei, die Aera Seydewitz die einzige, in der dem deutschen und unserem sächsischen Vaterlande dauernd geholfen werden kann.“ Ehre dem Freiherrn von Frandenstein. Sein Vorschlag war das Ei des Columbus, das freilich den im unitarischen Denkreise Taumelnden nicht in den Sinn kam! Ehre aber auch den preussischen Conservativen, daß sie sich befreit haben von dem Vorurtheile, eine föderative Idee nicht unterstützen zu dürfen.“ So schreibt das neue Organ der sächsischen Conservativen und votirt dem bayerischen Freiherrn und denen, die ihn unterstützt haben, den Dank des Vaterlandes. Daß der Reichskanzler den Frandensteinschen Antrag acceptirt hat, veranlaßt das particularistische Blatt, ihn, den sonst so gehaltenen Staatsmann, gegen J. Scherr zu verteidigen, der in seinem Werke 1870 bis 1871 die Behauptung aufgestellt hat, daß das bis zum Main vergrößerte Preußen zum Zweck der Verpreußung von ganz Deutschland den Krieg selbst gewollt habe. „Die Inflation der Verpreußung Deutschlands“, ruft es emphatisch aus, „weist zum Mindesten die neueste Politik des Reichskanzlers mit aller Entschiedenheit zurück.“ Von dem Tone, in welchem das neue Organ von seinen politischen Gegnern spricht, giebt der Passus über die preussische Ministerliste einen Beweis: „Finanzminister Hobrecht hat seine Entlassung gefordert. Die Bürgermeister scheinen 1879 an Fallmuth zu leiden.“ „Wäre nun auch für Herrn Falk erst ein Ruheposten gefunden, da er nicht Lust zu haben scheint, bei den Julius einen Culturkampf einzuleiten.“ Wie geschmackvoll und witzig! Die „Dresd. Nachr.“ bezeichnen als die vier großen Errungenschaften der neuesten Wirthschaftspolitik 1) den Himmelssturz der nationalliberalen Partei (das sei das sittliche Moment!), 2) den Wiederaufschwung deutscher Arbeit und vaterländischen Gewerbetreibes durch die Schutzölle, 3) die Beseitigung des Deficits in Staat und Reich, die alle Finanzen in die heillosste Wirthschaft zu stürzen drohten und zu guter Letzt 4) das Wiederaufkommen des bundesstaatlichen Gedankens in der Vertheilung der Zollüberschüsse an die Einzelstaaten, womit dem Anschwollen des Militärstaats wenigstens in etwas der Riegel vorgeschoben sei. Das meinen sie, müsse über die zahlreichen Fehler der neuen Wirthschaftspolitik trösten. — Die Conservativen haben bereits für fünfzehn überwiegend ländliche Wahlbezirke ihre Candidaten



für die Landtagswahlen aufgestellt. Im 2. und 31. städtischen, im 7., 10., 18., 19., 20., 27., 33. die bisherigen Abgeordneten; im 11. städtischen den Bürgermeister Müller in Golditz gegen den national-liberalen Abgeordneten Lasse in Grimma, im 23. städtischen den Staatsanwalt Dr. Hartmann in Plauen gegen den national-liberalen Abgeordneten Kirchbach, im 11. ländlichen den Amtshauptmann von Ehrenstein in Pirna gegen den fortschrittlichen Abgeordneten Mai, im 29. ländlichen den Amtshauptmann von Wele in Rochlitz für den im 11. Bezirke aufgestellten bisherigen Vertreter Amtshauptmann von Ehrenstein und im 30. ländlichen Bezirke (Chemnitz) den Kreissecretär Möbius in Chemnitz gegen den Rittergutsbesitzer Wintler in Schloß Chemnitz. Man sieht, die Conservativen suchen möglichst eine Kammer zusammenzubringen: Amtshauptleute, Kreissecretäre, Staatsanwälte und Bürgermeister sind ihre neuen Candidaten. — Der Gemeinderat in Leipzig hat es abgelehnt, sich zu Gunsten der Bildung von Zwangshilfskassen in den Städten auszusprechen auf Grund der Thatsache, daß in Sachsen überhaupt nur 40 eingeschriebene Hilfskassen existiren. Man war der Ansicht, daß die Kommunen zu den Zwangshilfskassen nur die faulen Elemente aus den Arbeiterkreisen erhalten und sich in Folge dessen schwerwiegende Verpflichtungen auferlegen würden. — Der sächsische Gemeindebeamtenrat, der 107 Mann stark in Bautzen am Sonntag tagte, hat es abgelehnt, die Frage wegen Gründung einer Pensions- resp. Pensionszuschußkasse durch Empfehlung des Beitritts zu dem preussischen Beamtenvereine für deutsche Beamte zu lösen, und hat die Angelegenheit nochmals einer Commission zugewiesen, die sich auch mit der Errichtung einer Begräbniskasse beschäftigen soll.

## Frankreich.

Paris, 8. Juli. [Frankreich und die internationale Kunstausstellung in München.] Der Minister der schönen Künste theilte der bayerischen Regierung mit, Frankreich sehe sich gezwungen, die ertheilte Zusage der officiellen Theilnahme Frankreichs an der bevorstehenden internationalen Kunstausstellung in München zurückzunehmen. Ueber die Gründe dieses Schrittes entnehmen wir einer Pariser Correspondenz der „N.-Z.“ Folgendes:

„Es ist gewiss an und für sich bedauerlich, daß die französischen Meister auf der Münchener Ausstellung vollständig fehlen werden, aber ich muß gestehen, daß mich diese Seite der Angelegenheit weniger berührt, als die politische Bedeutung, welche man leider gezwungen ist, derselben beizumessen. Um diese Bedeutung richtig zu würdigen, ist es nöthig, den ganzen Verlauf der Angelegenheit darzulegen. Das Ausstellungs-Comité in München hatte zunächst einen dortigen bekannten Künstler, Herrn B. . . . nach Paris geschickt mit dem Auftrage, die französischen Künstler betreffs ihrer etwaigen Theilnahme an der Ausstellung zu „sondiren“. Herr B. . . . schied zu dieser Mission besonders geeignet, da er hier längere Zeit gelebt hat und außerdem kein eigentlicher Deutscher, sondern in Polen geboren ist. Seine Größtungen fanden aber bei den Pariser Malern und Bildhauern nur eine kühle, wenn nicht eine durchaus ablehnende Aufnahme, ein festes Versprechen gab Niemand, höchstens eine bedingungsweise Zusage; viele erklärten dem Münchener Comité, dem natürlich sehr viel daran liegen mußte, die Theilnahme Frankreichs zu erlangen, ließ sich durch dieses negative Resultat nicht abschrecken, und es erfolgte auf sein Ersuchen die diplomatische Ueberrmittlung und Befürwortung der Einladung an die französische Regierung.

Der Minister Jules Ferry erklärte sich darauf Seitens der Regierung bereit, der Einladung Folge zu leisten und stellte die Beschickung der Ausstellung mit den besten der in letzter Zeit von dem Ministerium der schönen Künste angekauften Bilder in Aussicht, konnte aber selbstverständlich hinsichtlich der directen Beschickung durch die Künstler nur die Hoffnung ausdrücken, daß die Ankündigung der officiellen Theilnahme Seitens der Regierung die gewünschte Wirkung haben werde. Der Minister ersuchte überdies Herrn Georges Berger, den ausgezeichneten Director der fremden Sectionen auf der letzten Weltausstellung, einen der hervorragendsten Künstler und Kunstkritiker Frankreichs, die Stelle eines Delegirten der französischen Regierung bei der Münchener Ausstellung zu übernehmen, und derselbe erklärte sich dazu bereit, so daß also die gewünschte Theilnahme ganz unabweisbar erschien. Am 30. Juni hat nun aber der Minister des Meusens, Herr Waddington, dem hiesigen bayerischen Geschäftsträger, Geheimen Legationsrath Reither, Kenntniß davon geben müssen, daß der Unterrichtsminister Jules Ferry ihm mitgetheilt habe, die Theilnahme der französischen Regierung und der französischen Künstler könne zu seinem lebhaften Bedauern doch nicht stattfinden, hinsichtlich der Regierung habe sich herausgestellt, daß das Gesetz nicht erlaube, Bilder aus den Museen zu entfernen, und was die Künstler anbetrifft, so hätten dieselben (die Glücklichen!) bereits ihre Bilder, welche auf der Weltausstellung und im „Salon“ figurirt, beinahe ohne Ausnahme verkauft, und die jetzigen Eigentümer seien nicht geneigt, dieselben ins Ausland zu schicken. Trotz aller Bemühungen des Herrn Georges Berger sei es demnach nicht möglich gewesen, die materiellen Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich der Theilnahme Frankreichs an der Ausstellung in den Weg gestellt hätten. So die Thatsachen, denen ich nur eine Bemerkung hinzufügen möchte. Ich bin überzeugt, daß die Regierung der Republik, und namentlich die Minister Waddington und Jules Ferry durch eine officiële Theilnahme Frankreichs an der Ausstellung gern den glücklichen Weise zwischen Frankreich und Deutschland bestehende guten Beziehungen Ausdruck gegeben hätten, und ich weiß, daß es Herr Georges Berger an Bemühungen nicht hat fehlen lassen, um die französischen Künstler zur Beschickung der Ausstellung zu bewegen. Daß trotzdem die französische Kunst von der Münchener Ausstellung fern bleibt, wird Niemanden wundern, der im Stande ist, sich über die hier noch im Allgemeinen und ganz besonders in der Künstlerwelt herrschenden Gefinnungen Gewißheit zu verschaffen. Wenn man sich nicht in dieser Beziehung in Deutschland trotz aller Warnungen noch immer unbegreiflichen Illusionen hingabe, würde uns diese neue „Lectien“ vielleicht erparnt geblieben sein.

## Großbritannien.

A. C. London, 8. Juli. [Parlament's-Verhandlungen.] Im Oberhause lenkt Lord Darnley und Brown, ein liberaler irischer Pair, die Aufmerksamkeit auf die andauernd unruhigen Zustände in gewissen Theilen Irlands und richtet die Frage an die Regierung, ob sie den Zeitpunkt nicht für passend erachte, um Maßregeln für die Sicherstellung der Suprematie des Gesetzes zu ergreifen und beantragt die Vorlage eines Verzeichnisses der Personen, welche in Irland unter dem besonderen Schutze der Polizei stehen, der Polizeiconstabler-Polizei, welche in den unruhigen Districten untergebracht sind und der Farmen, die in Folge von Einschüchterungen leer stehen. Der Lord führte in längerer Rede aus, daß Gefährlichkeit und agrarische Verbrechen in Irland im Zunehmen begriffen sind, führte eine Anzahl Thatsachen als Illustration seines Arguments an und erklärte, daß die Regierung es verabsäume, jene Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, welche die obwaltenden Umstände erheischen.

Der Herzog von Richmond und Gordon macht hierauf geltend, daß die Zustände in den Grafschaften Kent und Sussex, ein liberaler irischer Pair, die Aufmerksamkeit auf die andauernd unruhigen Zustände in gewissen Theilen Irlands und richtet die Frage an die Regierung, ob sie den Zeitpunkt nicht für passend erachte, um Maßregeln für die Sicherstellung der Suprematie des Gesetzes zu ergreifen und beantragt die Vorlage eines Verzeichnisses der Personen, welche in Irland unter dem besonderen Schutze der Polizei stehen, der Polizeiconstabler-Polizei, welche in den unruhigen Districten untergebracht sind und der Farmen, die in Folge von Einschüchterungen leer stehen. Der Lord führte in längerer Rede aus, daß Gefährlichkeit und agrarische Verbrechen in Irland im Zunehmen begriffen sind, führte eine Anzahl Thatsachen als Illustration seines Arguments an und erklärte, daß die Regierung es verabsäume, jene Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, welche die obwaltenden Umstände erheischen.

Der Antrag wird hierauf, unter der Voraussetzung, daß die Regierung alle ihr zur Verfügung stehenden Informationen vorlegen werde, zurückgezogen.

Im Unterhause eröffnen die Verhandlungen mit einer langen Reihe von Interpellationen, von denen die meisten bereits telegraphisch gemeldet worden. Es folgt die Fortsetzung der Debatte über das Armeedisziplinargesetz.

Der Kriegsminister, Oberst Stanley, macht dem Hause die Mittheilung, daß die Regierung zu dem Einschlusse gelangt sei, künftighin die

körperliche Züchtigung im Heere auf solche Vergehen zu beschränken, auf welche kraft des Meutereigesetzes die Todesstrafe stehe. Die Erklärung wird vom Hause mit lautem Beifall aufgenommen.

Mr. Chamberlain (radical) stellt einen Vertheilungsantrag, um die Aufmerksamkeit des Hauses auf die soeben abgegebene Erklärung des Kriegsministers lenken zu können. Er behauptet, die Regierung hätte letzten Sonnabend dem Hause zu verstehen gegeben, daß die Prügelstrafe gänzlich abgeschafft werden würde — ein Versprechen, das durch die Erklärung des Kriegsministers nicht erfüllt worden. Die vorgeschlagene Veränderung wäre in Wirklichkeit kein Zugeständnis, da die Todesstrafe in Gemäßheit des Meuterei-Gesetzes wegen einer Menge geringfügiger Vergehen verhängt werden könnte.

Der Kriegsminister bestrittet, daß er ein solches Versprechen gegeben habe. Durch die Deutung, die Andere seinen Worten beizulegen für gut befanden, könne er sich nicht binden lassen. — Es entpinnst sich nun eine sechsstündige lebhafteste Debatte über die Prügelstrafe. Schließlich wird ein Vertheilungsantrag um 2 Uhr Morgens angenommen.

## Provincial-Beitung.

„Breslau, 11. Juli. [Liberaler Wähler-Versammlung.] Wie wir erfahren, hat Herr Justizrath Leonhard in Berlin, der Candidat der vereinigten liberalen Parteien, seine Bereitwilligkeit erklärt, sich seinen hiesigen Wählern vorzustellen, und wird demzufolge in den nächsten Tagen eine Versammlung sämmtlicher liberaler Männer Breslaus einberufen werden, in welcher derselbe sprechen wird; als Versammlungsort ist das Springer'sche Local in Aussicht genommen.

Grünberg, 9. Juli. [Geldverlegenheit des Postamtes.] Seit Anfang dieses Monats befand sich unser hiesiges Postamt in einer starken Geldlemme, die erst vor wenigen Tagen ihr Ende erreichte; in Folge dessen konnten die gerade in den ersten Tagen des neuen Quartals hier besonders zahlreich eingehenden Postanweisungen nicht zur Auszahlung gelangen, was für einzelne Kaufleute, die auf den prompten Eingang jener Geld gerechnet hatten, wiederum höchst unangenehm war. Einzelne Firmen sollen Beträge bis zu mehreren Tausend Mark zu fordern gehabt haben, auf deren Auszahlung sie mehrere Tage vergeblich warten mußten. — Vielleicht nimmt es die hiesige Handelskammer in die Hand, durch eine Vorstellung geeigneten Ortes dahin zu wirken, daß der dem hiesigen Postamt gestattete Baarbestand von 4000 Mark auf das Doppelte erhöht wird, damit in Zukunft der Wiederkehr derartiger Calamitäten möglichst vorgebeugt werde.

(Grünb. Wochenbl.)

„Dels, 10. Juli. [Hagel.] Heute Nachmittag zog von Südwesten her ein Gewitter über die Stadt, welches von starkem Schloßfalle begleitet war. Der unter dem körnerschweren, nahezu reifen Getreide angerichtete Schaden kann nicht gering sein.

## Handel, Industrie &c.

T. Breslau, 8. Juli. Rundschau in Schlesien. — Witterungsverhältnisse. — Einflüsse der Witterung auf unsere Ernte. — Die Ernte im Allgemeinen. — Vorbereitung zur Winterfrucht-Bestellung. — Getreidemarkt und Getreidepreise. — Unsere Viehstämme. — Allerlei aus der Landwirtschaft. Das Ende des Monats Juni und auch die ersten Tage des Monats Juli haben durch ihre häufigen Niederschläge sowohl die Geerntete als auch die Napserte verzögert. Seit 11 Tagen haben wir bestimmt innerhalb 24 Stunden immer einen Platz- oder Gewitterregen zu registriren gehabt und ist ziemlich die ganze Provinz davon heimgeglut worden. Seit Jahren waren die Gewitter nicht so zahlreich wie in diesem Sommer. Die meisten davon sind als schwere zu bezeichnen, denn gewöhnlich war ihr Auftreten mit Hagel und auch mit einschlagender Wirkung verbunden. Viel Heu geht nach der Ueberschwemmung noch durch die andauernden Regen verloren, und sorgt schon der Himmel dafür, daß von unserem Futterreichthum nicht zu viel unter Dach und Fach gebracht wird. — Auch auf unsere bevorstehende Ernte äußern sich die jetzt vorherrschenden Witterungsverhältnisse nicht ganz günstig. Sehr schwerer Roggen lagert gern bei nachhaltigem Regen und ist dadurch nicht nur eine ungleiche Reife, sondern auch directer Verlust an Stroh und Körnern zu befürchten. Außerdem erzeugt öfterer, sich wiederholender Regen bei warmer und sogenannter dicker Luft gern den Rost im Weizen, namentlich an solchen Stellen, die von directen Luftströmungen, wie in Schluchten an Waldrändern &c., abgegrenzt sind. Auch der Entfaltung, resp. der schnelleren Weiterbreitung des Steinbrandes, Tilletia caries Tul., schreibt man anhaltendem feuchtwarmen Wetter zu. Der Steinbrand wird merkwürdiger Weise weniger auf englischem Weizen, als auf unseren gewöhnlichen Sorten Triticum vulgare Vill. beobachtet, trotzdem man eigentlich annehmen dürfte, daß unsere älteren einheimischen Sorten bereits vollständig acclimatist sein müßten. Die besessenen Aehren des Steinbrandes bleiben in ihrer Entwicklung sichtbar zurück und aufrecht stehend, während die gefunden sich bei zunehmender Schwere der Körner zu neigen beginnen. Zerbricht man so ein hartes, äußerlich unberührt erscheinendes, aber dunkleres Körnchen, so findet man darin eine schwarze Staubschale, welche an Stelle des Keimlings und des Stärkemehls die ganze Schale ausfüllt. Diese schwarze Masse besteht aus den freilegenden, stellenweise noch etwas vertrockneten Sporen des Brandpilzes, die erst in der letzten Zeit der Reife des Weizens trocken und auspulverig werden. Der stark an Heringslake erinnernde Geruch des Pilzes wird durch Ausströmen von Trimethylamin, welches durch Umbildungsproduct der stickstoffhaltigen Parasiten entsteht, hervorgerufen. — Landwirthe, die den Bedarf ihrer Aushäat durch eigene Ernte decken, trennen beim Weizen „Mehlreife“ und „Vollreife“. Samenweizen soll zur Vollreife auf dem Halme gelangen, denn langjährige Versuche haben bestätigt: „daß Reime der vollreifen Weizenformen weit fruchtigere Pflanzen bilden, als weniger reife, und erstere der Ungunst der Witterung weit energischer widerstehen als letztere.“ Selbstverständlich wird vorausgesetzt, daß der Same zu gehöriger Größe und Vollkommenheit ausgebildet worden ist, denn nicht die Vollreife allein verleiht uns fruchtige Reime. — Gegen Staubschimmel schaffst allein das Töden der Pilzsporen auf den Samenkörnern, die zur Saat verwendet werden sollen, durch Weizen derselben Abhilfe; doch davon in späteren Berichten. — Naps, der meist bereits geschnitten der Einfuhr oder des Ausdrusses auf dem Felde harret, hat, wie bereits erwähnt, durch die Ungunst der Witterung zu leiden, denn der fast täglich sich wiederholende Regen gestattet weder das eine noch das andere. Leider gehört der Naps zu den Feldfrüchten, dessen Ernte am meisten von der Witterung abhängt. Der höchste Ertrag des Napses wird durch einige Wochellage von Sonnenschein und Regen mitunter auf die Hälfte reducirt, und zählen wir denselben, abgesehen von den übrigen Calamitäten, denen er ausgesetzt ist, zu den unsichersten Ernteerträgen. Wir machen heute bereits Landwirthe, die einen Verlust mit Verpflanzen des Napses machen wollen, auf die Vorzüge dieses Verfahrens aufmerksam, weil der dazu zu benutzende Naps bis spätestens den 20. Juli ausgesetzt werden muß. Das Verpflanzen geschieht Mitte September und eignen sich dazu namentlich kurzstammige und gut bestockte Pflanzen. Mit einem Morgen Napspflanzen kann man bequem 3—4 Morgen Feld besetzen. Bei größeren Flächen bedient man sich zu dieser Manipulation eines glatt streichenden Pfluges, bei kleineren des Spaten und des Pflanzholzes. Dieser verpflanzte Naps, der alsdann vereinzelt steht, entwickelt sich ungemein rasch, ungesieher kann ihm dadurch weniger Schaden und sein Ertrag ist in den meisten Fällen beinahe der doppelte. Nähe und Arbeit bezahlt sich mithin bei dieser fast ganz in Vergessenheit gerathenen Methode reichlich. Ungarn hat noch die günstigeren Tage zur Napserte getroffen, denn nach Berichten von dort ist der Naps theils glücklich geerntet, theils schon ausgegossen resp. ausgerichtet. Holland, Belgien, die Rheinprovinzen, Hannover, Sachsen, alles Napsbau treibende Länder und Provinzen, leiden an derselben Witterungscalamität gleich uns, selbst das östliche und nördliche Frankreich klagt darüber. — Die Roggenfelder, namentlich auf leichteren Bodenarten, bleiben bereits mit Mäht, und in den meisten Fällen ist schon die Sense oder die Mähmaschine zurechtgestellt, um die Ernte zu beginnen. Um dem Roggen volle Körner mit weicherem Mehl und feisterem Stroh mit mehr Strohwerth zu gewinnen, beginne man die Ernte während der sogenannten Halbreife. Derselbe tritt ein, wenn sich das Roggenkörnchen beim Biegen über den Daumenknagel leicht brechen läßt. Wir empfehlen bei dem diesjährigen unsicheren Wetter sofortiges Binden nach dem Mähen, womöglich mit Strohscheitern und das Ausstellen in regelrechte Puppen. Bereits voriges Jahr waren die Ausfälle während der Ernte durch viele Niederschläge nicht unbedeutend und machten wir schon damals auf das nothwendige Einsiechen der Getreidegarben aufmerksam. Das empfehlenswerthe Aufsiechen bleibt von je sieben Garben mit je einer Deckgarbe. Medlenburg puppt sein ganzes Winter-

getreide ein und erst alsdann beginnt man mit dem Reissen Theile die Ginfuhr. Wird die Witterung eine constante, d. h. der Ernte günstige, so hat Schloßen trotz des Winderertrages eine vorzügliche Qualität der Körner zu erwarten. — Die Sommerfrüchte, namentlich Gerste und Hafer, haben bis jetzt noch in keiner Weise durch die anhaltenden Regentage gelitten. Bei ganz früher Gerste etwas Lager ausgenommen. Ueberhaupt scheinen die Sommerfrüchte das halten zu wollen, was sie versprochen haben, eine reiche Ernte an Körnern und Stroh. Nicht nur nach eigener Anschauung urtheilend, sondern auch die zahlreichen, sachgemäßen Nachrichten berücksichtigend, die fast aus allen Kreisen Schlesiens einlaufen, ist man überall mit dem Stande des Sommergetreides zufrieden und das will bei der bekannten Unzufriedenheit der Landwirthe gewiß viel bedeuten. Gemengesaaten, die in ziemlichlicher Ausdehnung für die mangelhaften Klee- und Luzerneausbeuten dieses Frühjahr angelegt wurden, lassen ebenfalls nichts zu wünschen übrig, nur nur das Dürreumachen unserer Futterpflanzen, wie Klee, Luzerne, Esparsette, der verschiedenen Gemengesaaten &c. ist dieses Jahr mit ungemeinen Schwierigkeiten verknüpft, da wir mehr Regen als sonnenige Tage in den letzten Wochen aufzuweisen haben. Bei noch länger anhaltendem ungnügigen Wetter empfehlen wir die Brauneubereitung. Diese Methode unterscheidet sich von der Grünheubereitung dadurch, daß die abgetrockneten Pflanzen nicht durch Einwirkung der Sonnenwärme und der Luft vorwiegend ihr Vegetationswasser bis zur genügenden Trockenheit verlieren, sondern vielmehr diesen Einflüssen soviel denn möglich entzogen werden und durch Zerlegung der eigenen Substanz die nothwendige Wärme zur Austreibung eines bedeutenden Theiles der natürlichen Feuchtigkeit selbst liefern. Die durch Selbsterhitzung erzeugte Wärme, welche je nach den Umständen bis 100° Cels. und darüber betragen kann, läßt dem Heu nicht seine grüne Farbe, sondern giebt ihm Abstufungen vom Hellbraun durch alle Schattirungen hindurch bis zum Schwarz. Um Brauneubereitung zu erzielen, bringt man die Futterkräuter in größere Haufen zusammen, tritt dieselben recht gleichmäßig und fest ein; in Folge dessen dann sehr bald, durch die Einwirkung der in den Pflanzen enthaltenen Proteinstoffe, die Gährung beginnt, indem zuerst ein Theil der Kohlenhydrate in Kohlenäure und Alkohol zerlegt wird, aus welchem letzterem sich später Aether bildet. Selbstverständlich findet bei dieser enormen Wärmeerzeugung ein Nährstoffverlust statt, jedoch wird dieser Verlust zum größten Theil durch eine größere Verdaulichkeit des Fettes und der Rohfaser im Brauneubereiteten wieder wogen, so wurden verdaulich nach Dr. Weiste im Zuzernedürden 32,00 pSt. Fett, 36,57 pSt. Rohfaser; im Brauneubereiteten 43,32 pSt. Fett und 44,56 pSt. Rohfaser. Je dunkler das Brauneubereitete desto größer die Nährstoffverluste. In Holland bedient man sich eines Apparates zum Trocknen der nassen Gräser oder sonstigen Futterkräuter. Derselbe besteht aus einem mit Coaks geheizten Ofen. Letzterer giebt seine erhöhte Luft an einen Ventilator ab, dessen Flügelwert vermittelst eines beliebigen Motors in schnelle Umdrehung versetzt wird, wodurch die warme Luft bei einer ungefähren Temperatur von 200° Cels. ausgetrieben wird und durch eine Oeffnung von 6 Meter Breite in einen mit Blech bedeckten Holzstall tritt. In diesem Stall werden die zu trocknenden Futterkräuter frisch oder angewelt, zu ca. 1000 Klg. aufgeschichtet und mit eigens konstruirten Gabeln, die durch zwei Hebel vom Ventilator aus bewegt und durch zwei Arbeiter dirigirt werden, gehörig umgearbeitet, bis es lufttrocken geworden ist. Die Zeit in welcher dies geschieht, ist nach dem Feuchtigkeitsgrade der Gräser sehr verschieden, durchschnittlich genügen aber 5—10 Minuten. Bereits jetzt gehen wir der Aderbestellung für nächste Herbstfrucht mit Energie entgegen. Der Napsader ist schon fertig und sieht binnen wenigen Wochen seiner Einsaat entgegen. Der denkende, überhaupt rationelle Landwirth macht seine Düngereinteilungen und trägt Sorge, daß jede Feldmark ihre richtige zeitgemäße Bestellung erhält. Möge jeder Grundbesitzer beherzigen, daß im zu bebauenden Boden von vornherein alle Stoffe in hinreichendem Maße vorhanden sein sollen, die unsere Feldfrüchte für eine fruchtige Vegetation bedürfen, entziehen wir nun aber dem Boden eine Menge von Stoffen, welche die Natur nicht allein zu ersetzen vermag, so treiben wir Raubbau, statt durch einen künstlichen Ersatz, „den Dünger“, dem Boden zu Giften zu kommen, damit die Energie im Wachstum unseres Getreides zu- und nicht abnehme. Gute Ackerinstrumente u. dgl. Maschinen sind ein mächtiger Hebel des Ackerbaues. Glücklicherweise stehen uns letztere jetzt überall zu Gebote und steht es dem Erntenden des Landwirths frei, je nach Bedürfnis die passenden Geräte für seine Bodenart auszuwählen. Auch die Entwässerung ist als wichtiger Factor der Bodencultur im Auge zu behalten, denn die besten Bodenarten können keine günstigen Ernteresultate liefern, wenn stagnierende Nässe des Untergrundes die Vegetation hemmt und die Ernährung unserer Culturpflanzen beeinträchtigt. Alle diese angeführten Thatsachen sind die Hauptfactoren, namentlich bei der Herbstbestellung und sollen von jedem Ackerwirth streng in Erwägung gezogen werden. — Trotzdem die Ernte erst vor der Thür ist und die vorjährigen Bestände naturgemäß ihrem Ende entgegengehen müssen, so ist von einem positiven Steigen der Getreidepreise bis heute noch keine Rede. Bereits jetzt sind schon bedeutende Abschlüsse mit Ungarn, Galizien, dem westlichen Rußland gemacht worden und trotz Getreidehöllen können wir demselben Import gleich anderen Jahren entgegensehen. Unsere Preise werden dadurch auch nicht um einen Pfennig heraufgehen, also zu den Schutzzöllen ist der Getreidezoll nicht zu zählen, daß er aber nicht sobald gestrichen wird, dafür wird unsere Finanzpolitik schon Sorge tragen. Vielleicht kommt eine Zeit, wo die so eifrigen Vertheidiger der Getreidezölle von ihrer Auslosigkeit überzeugt sein dürfen. Der Import ist augenblicklich ein geringerer und beschränkt sich meist auf Mais und Futtergetreide. Naps, neue Ernte, ist bereits in den nächsten Tagen in größeren Böden zu erwarten. Die kolossalen Ueberschwemmungen im Donau- und Theißgebiet Ungarns werden allerdings nicht ganz ohne Einfluß auf den Getreideexport gedachten Landes bleiben, man hat oberflächlich berechnet, daß in den gesegneten Strichen der beiden Flußgebiete über 1/2 der ganzen Ernte vernichtet worden sein soll. Unsere Viehstämme erheben sich augenblicklich der vollen Gesundheit und mollen wir auch im Interesse der Landwirtschaft wünschen, daß dies so bleibt und kein heifer Nachsommer noch anstehende Seuchen hervorruft. Bei der jetzigen Grünfütterung, wo es unvermeidlich ist, daß das Futter naß in den Stall gelangt und sich dadurch leicht ernährt, ist auch das Aufblähen namentlich des Rindviehes kaum zu vermeiden. Dieses Aufblähen besteht in einer Gasentwidelung im Magen aus gärenden Futterstoffen mit Aufreibung des Hinterleibes. Diese Gase bestehen aus Kohlenäure, Schwefel- und Kohlenwasserstoffgas und Kohlenoxydgas. Bei dem aufgeblähten Rindvieh handelt es sich vor allen Dingen um schnelle Entleerung der entwidelten Gase. Am schnellsten wirken Salmiakgeist oder Aetzkalk, auch Pottasche, concentrirtes Seifenwasser, Achenlauge zum inneren Einguh. Wirksam ist auch Stein- und Terpentinöl, am besten mit Branntwein gemischt. Außerlich ist das Vieh mit kaltem Wasser zu empfehlen, oder das Hineintrreiben während einiger Minuten in dasselbe, zuletzt wendet man das Schlundrohr oder den Trokar an. Alle inneren und äußeren Mittel können erfolglos sein, die Schlundröhre ist es selten, der Trokar niemals. Der Trokar wird auf der linken Seite in der Mitte der sogenannten Hungergrube, die jetzt am gewölbtesten hervortritt, eingeführt und so geführt, als ob man auf der rechten Seite des trokarirenden Thieres hinter dem Schultergelenk herauskommen wollte. Zur Nachcur gebe man magentstärkende Mittel, wie Kammöl, Kamillen oder Enzianthee, reichliche Salzgaben und trockenes Futter. — Wir machen die Herren Landwirthe, die Dampfessel zu ihrem technischen Betriebe benützen, auf den neuen patentirten automatischen Dampfessel-Espeisepapparat von S. Cohnfeld in Zanteroda bei Dresden aufmerksam. Dieser einfache Apparat bewirkt, daß man bei Anwendung desselben absolut im Stande ist, unabhängig von der Zuverlässigkeit der Bedienungsmannschaften, Seizer &c., einen für den Kessel vorher bestimmten Wasserstand genau einzuhalten, ferner, daß eine continuirliche Speisung stattfindet, daß dadurch die Saltung einer gleichmäßigen Dampfspannung erleichtert wird, daß bedeutend an Brennmaterial erspart und der Dampfessel erheblich geschont wird. Die Vortheile dieses fast unentbehrlichen Apparates sind so in die Augen springend, daß er eigentlich an keinem Dampfessel fehlen sollte; dabei ist derselbe ganz einfach konstruirt und beruht seine Wirksamkeit auf den elementarsten physikalischen Gesetzen. Wenn wir nicht irren, vertritt die Firma Schuster (Brennereitechniker) zu Breslau und Pribrorn in Schlefien, diese Apparate, die wir nach eigener Anschauung gern empfehlen.

London, 10. Juli. [Bankausweis.] Totalreserve 20,769,000 Pfd. St., Notenumlauf 29,480,000 Pfd. St., Baarvorrath 35,249,000 Pfd. St., Bortefeuille 18,268,000 Pfd. St., Guthaben der Privaten 32,882,000 Pfd. St., Guthaben des Staatsschatzes 4,815,000 Pfd. St., Notenreserve 19,488,000 Pfd. St.

Petersburg, 10. Juli. [Ausweis der Reichsbank] vom 7. Juli n. St. Creditbill. im Umlauf 716,515,125 Rbl. unverändert. Notenemission für Rechnung der Scuruf. 415,650,000 Rbl. unverändert. Vorschüsse der Bank an die Staatsregierung 404,615,572 Rbl. Zun. 2,372,992 Rbl. \*) Ab- und Zunahme gegen den Ausweis vom 30. Juni.



